



Bevölkerungsalterung: Deutschland braucht Reformen

Von [Enrica Detragiache](#), [Jean-Marc Natal](#) und [Joana Pereira](#)

29. Juni 2016

Deutschland, Meister im Verordnen von Strukturreformen innerhalb der EU, braucht auch im eigenen Land eine große Dosis eben dieser Medizin. Der Umgang mit einer alternden Bevölkerung verlangt neben öffentlichen Investitionen in Verkehr und Telekommunikation sowie verstärktem Wettbewerb im Dienstleistungsbereich dringend nach Aufmerksamkeit. Mit der richtigen Politik kann Deutschland mehr Menschen – und länger – beschäftigen, um dem demografischen Trend entgegenzuwirken, argumentiert eine neue Studie, die den turnusmäßigen Gesundheitscheck der Volkswirtschaft in Deutschland durch den Internationalen Währungsfonds begleitet.

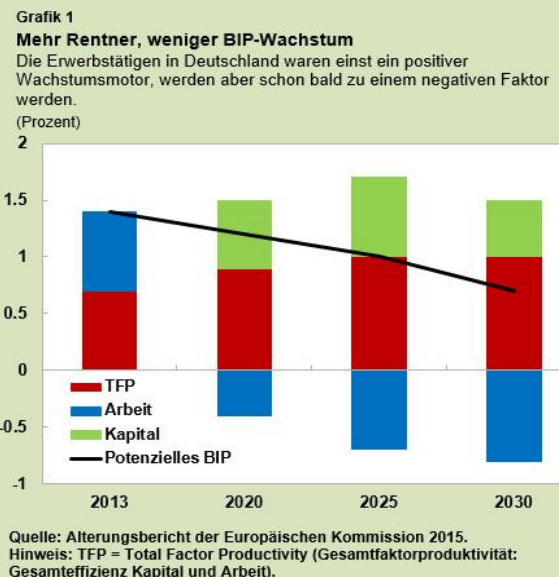
Das Problem ist in fortgeschrittenen Ländern weit verbreitet: Die geburtenstarken Jahrgänge erreichen das Rentenalter und die Geburtenraten sind niedrig, sodass immer weniger Arbeitnehmer einen wachsenden Anteil an Rentnern versorgen müssen.

In Deutschland wird trotz des steten Flüchtlingszustroms die Anzahl an Arbeitnehmern ab 2020 voraussichtlich immer schneller abnehmen. Mit weniger Beschäftigten wird das Wachstum des Produktionspotenzials – die Rate, mit der die Menge an Waren und Dienstleistungen steigt, die das Land bei normaler Kapazität hervorbringen kann – voraussichtlich zurückgehen und damit die langfristige Tragfähigkeit des Sozialversicherungssystems und der öffentlichen Finanzen gefährden (Grafik 1).

Es besteht wenig Spielraum, um die Rentenleistungen oder Sozialversicherungsbeiträge anzupassen, aber Deutschland kann Maßnahmen einführen, mit denen mehr Menschen arbeiten können und die andere Menschen motivieren, mehr zu arbeiten. Laut unserer Analyse würde das Land von weiteren Initiativen in den folgenden Bereichen profitieren:

Erschwingliche Vollzeit-Kinderbetreuung

Erstens sollte Deutschland mehr Frauen und diese für eine längere Wochenarbeitszeit einstellen. Obwohl ein großer Anteil der Frauen erwerbstätig ist (2014 waren es 73 Prozent), arbeiten viele nur Teilzeit (der Durchschnitt liegt bei 30,5 Stunden pro Woche, 9 Stunden

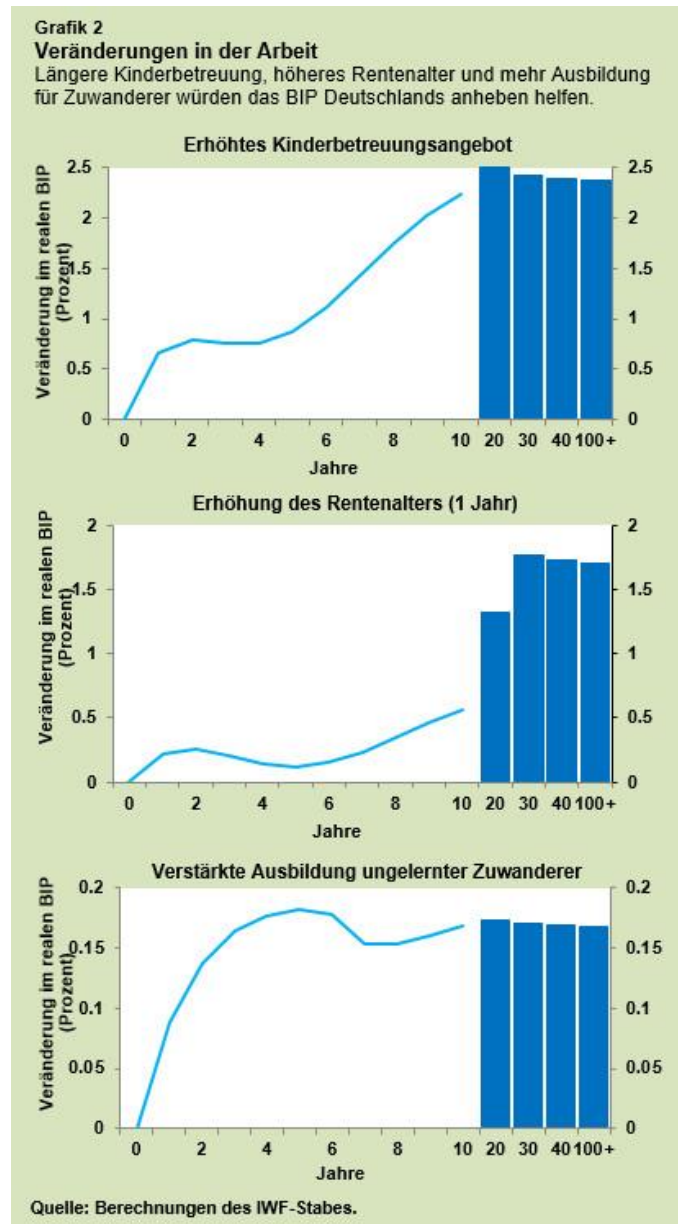


weniger als Männer). Dies mag zu einem gewissen Teil auf kulturelle Gründe und persönliche Vorlieben zurückzuführen sein, aber das deutsche Steuersystem benachteiligt eine Vollzeitbeschäftigung des Zweitverdieners in einem Haushalt (meist eine Frau). Der Mangel an erschwinglichen Optionen für eine Vollzeit-Kinderbetreuung und an Angeboten für die Nachmittagsstunden nach der Schule erschwert es seinerseits, Kindererziehung und Vollzeitarbeit unter einen Hut zu bringen.

Der Abbau dieser Hürden würde es mehr Frauen erlauben, in eine Vollzeitbeschäftigung zu wechseln. Wenn mehr Frauen mehr Wochenstunden arbeiten, könnten die Lücken, die von der wachsenden Anzahl an Rentnern hinterlassen werden, leichter geschlossen werden. Laut unseren Berechnungen würde das reale BIP langfristig um 2,5 Prozent höher liegen, wenn Deutschland einen Viertelprozentpunkt mehr von seinem BIP für Kinderbetreuung ausgeben würde (eine Anhebung der Gesamtausgaben auf 0,75 Prozent des BIP, was dem OECD-Durchschnitt entspricht); dies würde sich denn auch positiv auf das kurzfristige Wachstum auswirken (Grafik 2, erster Teil).

Höheres Rentenalter

Zweitens muss Deutschland früher oder später den politisch unpopulären Schritt tun und das Rentenalter weiter anheben. Derzeit gehen die Deutschen im Durchschnitt mit 62,7 Jahren in Rente, was im internationalen Vergleich niedrig ist. Ziel sollte es deshalb sein, das Arbeitsleben zu verlängern und das gesetzliche Rentenalter (das Alter, zu dem Arbeitnehmer ihre Rente ohne Abzüge beziehen können) anzuheben sowie die gegenwärtigen Hemmnisse abzubauen, die das Weiterarbeiten nach Erreichen der Altersgrenze erschweren. Ein weiteres Arbeitsjahr im Durchschnitt würde langfristig zu einem um 1,75 Prozent höheren realen BIP führen, wie unsere Berechnungen zeigen (Grafik 2, zweiter Teil). Die damit einhergehenden Einsparungen für das Sozialversicherungssystem könnten zur Senkung der bereits sehr hohen Beiträge genutzt werden und/oder helfen, Leistungskürzungen zu vermeiden, wodurch die Bezüge der Arbeitnehmer etwas geschont würden.



Weiterbildung von Zuwanderern

Drittens zieht Deutschland, auch schon vor dem jetzigen hohen Flüchtlingsstrom, eine zunehmende Anzahl an Zuwanderern an. Die Vergangenheit zeigt, dass Zuwanderer wie in anderen Ländern auch nur langsam in den Arbeitsmarkt integriert werden – mit höherer Arbeitslosigkeit und niedrigeren Löhnen als deutsche Arbeitnehmer. Im Durchschnitt beträgt die Lohndifferenz zwischen Einheimischen und Zuwanderern anfangs schätzungsweise 30 Prozent und gleicht sich über einen Zeitraum von 25 Jahren an, ohne jedoch ganz zu verschwinden. Mit mehr Investitionen in Ausbildung und Anpassung der Ausbildung an die Bedürfnisse der Zuwanderer könnte man dafür sorgen, dass die Zuwanderer über die Fähigkeiten verfügen, die deutsche Arbeitgeber suchen, und damit langfristige Beschäftigung und BIP anheben (Grafik 2, dritter Teil).

Frühere Berichte des IWF und Untersuchungen zum Zustand der Volkswirtschaft haben immer wieder weitere Strukturmaßnahmen empfohlen, die die Regierung zur Anregung des mittelfristigen Wachstum durchführen sollte. Hierzu gehören beispielsweise staatliche Investitionen in Verkehr- und andere öffentliche Infrastrukturprojekte, die Renovierung baufälliger Straßen und Schulgebäude. 2015 waren die öffentlichen Nettoinvestitionen in diesen Bereichen negativ, was bedeutet, dass das Land die Wertminderung des öffentlichen Kapitals nicht aufgefangen hat.

Ein kürzlich veröffentlichter Plan mit spürbar höheren Investitionen in die Transportinfrastruktur ist vielversprechend, aber die Zuteilungen aus dem Haushalt sollen nur jahresweise erfolgen und sind somit höchst ungewiss. Deutschland hinkt außerdem vielen gleichgestellten Ländern hinterher, wenn es um schnelle Internet-Breitbandverbindungen geht, und es gibt noch eine Menge zu tun, um den Wettbewerb in einigen regulierten Berufen sowie auf dem Post- und Bahnsektor anzukurbeln.



Enrica Detragiache ist Stellvertretende Direktorin in der Abteilung Europa des IWF, wo sie derzeit Missionsleiterin für Deutschland ist. Vor ihrer Tätigkeit für den IWF lehrte sie Volkswirtschaft an der Johns Hopkins University in Washington, DC. Ihre Forschungsarbeit widmete sie Banken- und Finanzkrisen, Unternehmensfinanzen, Arbeitsmigration und Entwicklungsökonomie, die in namhaften Fachzeitschriften veröffentlicht wurde. Frau Detragiache promovierte in Volkswirtschaft an der University of Pennsylvania, nachdem sie an der Universität Turin in Italien ihr Diplomstudium im selben Fach abgeschlossen hatte.



Jean-Marc Natal ist leitender Ökonom in der Abteilung Europa des IWF. Davor war er stellvertretender Leiter der Forschungsabteilung an der Schweizer Nationalbank, wo er für Geldanalyse, Forecasting und Modellentwicklung zuständig war; er lehrte Geldtheorie und Geldpolitik an der Universität Genf. Er promovierte in International Economics am Graduate Institute for International Studies in Genf.



Joana Pereira ist Wirtschaftswissenschaftlerin in der Abteilung Europa des IWF und arbeitet mit dem Team, das für die makroökonomische Überwachung Deutschlands zuständig ist. Sie arbeitete zuvor in den IWF-Abteilungen Fiskalpolitik und Westliche Hemisphäre. Vor ihrer Tätigkeit für den IWF hatte Frau Pereira eine Forschungsposition an der Erasmus-Universität, Rotterdam. Beim IWF forscht sie zu verschiedenen Problemstellungen wie Arbeitsmärkte, Sozialversicherung, fiskalische Regelwerke, fiskalische Multiplikatoren und Regierungsbeziehungen in Föderationen. Sie promovierte in Volkswirtschaft am European University Institute und hat ein Diplom in Volkswirtschaft von der Nova University, Lissabon.